Verwaltung vor dem Aus: Boltenhagen plant Aufgabe seiner Amtsfreiheit

Die Gemeindevertreter haben beschlossen, dass das Ostseebad mit verschiedenen Ämtern Verhandlungen aufnehmen soll. Wohin die Reise geht, ist derzeit noch völlig offen.

Von Kerstin Schröder

Boltenhagen – Das Ostseebad gibt seine Amtsfreiheit auf und schließt sich mit einem anderen Amt zusammen. Das haben die Gemeindevertreter am Donnerstagabend entschieden. „Wenn wir selbst keine Entscheidung treffen, macht es in ein paar Monaten das Innenministerium“, sagte Heinz-Dieter Schultz (SPD). Die Gemeinde sei mit Disziplinarverfahren und Streitigkeiten in eine Situation geraten, die die ohnehin am seidenen Faden hängende Amtsfreiheit gefährdet habe. Hinzu komme, dass in jedem Fachgebiet der Verwaltung nur ein Mitarbeiter tätig sei. „Fällt er aus, bleibt die Arbeit für Tage oder Wochen liegen. Und wenn der Bürgermeister nicht selbst über Fachkenntnisse verfügt, ist es für ihn unmöglich, etwas zu retten“, so Schultz.

Zu diesem Ergebnis seien unabhängige Prüfer gekommen. Der vom Innenministerium eingesetzte habe auch andere Lösungsmöglichkeiten präsentiert: „Die effektivste wäre die Wahl eines neuen Bürgermeisters. Doch Olaf Claus hat erklärt, dass er nicht zurücktreten wird, was verständlich ist, weil er auf finanzielle Ansprüche verzichten würde“, erläuterte Schultz. Und selbst wenn, als Ersatz einen ausgewiesenen Fachmann zu finden, sei bei der derzeitigen Situation in Boltenhagen eher unwahrscheinlich.

Wolfgang Seidel (BfB) sieht die Amtsfreiheit als heilige Kuh, die jetzt geschlachtet werde: „Wir sollten der Verwaltung die helfende Hand reichen und die Bürger befragen“, forderte Seidel eine Volksabstimmung, die auch Bürgermeister Olaf Claus (parteilos) befürwortete. Eine Forderung, die mit Applaus der Zuschauer unterstützt wurde – in erster Linie von den anwesenden Verwaltungsmitarbeitern, inklusive Bauhof, die um ihre Arbeitsplätze bangen.



Der Bürgermeister präsentiert sich gern als jedermanns Freund.“

Heinz-Dieter Schultz, SPD



Entscheidet das Ministerium, haben wir keinen Spielraum mehr.“

Hans-Otto Schmiedeberg, CDU



Ich habe Fehler gemacht und will das Vertrauen zurückgewinnen.“

Olaf Claus, Bürgermeister



Wir sollten der Verwaltung die Hand reichen und die Bürger befragen.“

Wolfgang Seidel (Bürger für Boltenhagen)

Dass sich die Gemeindevertreter mit ihrer Entscheidung unbeliebt machen, ist Hans-Otto Schmiedeberg (CDU) klar: „Aber wir tragen nicht nur die Verantwortung für einzelne Personen, sondern für die Gemeinde und alle Einwohner. Die aktuellen Haushaltszahlen zeigen, was alles nicht passiert ist. Eine Million Euro, die die Infrastruktur im Ort verbessern sollten, hat der Bürgermeister einfach nicht freigegeben.“ Außerdem sei die Verwaltung zu klein. „Entscheidet das Innenministerium für uns, haben wir keinen Verhandlungsspielraum mehr, sondern wir sind lediglich Zuschauer. Doch unser Ziel ist es, alle Arbeitsplätze zu erhalten“, betonte Schmiedeberg.

Vor der Abstimmung zeigte sich Bürgermeister Olaf Claus einsichtig, gestand Fehler ein und dass er an der Eskalation mit der Gemeindevertretung nicht unschuldig sei, die sich auch auf seine Arbeit ausgewirkt habe. „Aber wir sind es unseren Wählern schuldig, ihre Ergebnisse gegenseitig anzuerkennen“, so Claus. Er sei bemüht, verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen.

Daran glaubt Heinz-Dieter Schultz nicht. „Der Bürgermeister ist rhetorisch gut drauf und präsentiert sich gern als jedermanns Freund. Doch was er im Wahlkampf versprochen hat, hat er nicht umgesetzt. Zum Beispiel sollte kein Bürgerschreiben unbeantwortet bleiben. Anwohner aus Redewisch warten wegen der Anliegerbeiträge aber schon Monate auf eine Antwort aus der Verwaltung. Auch Beschlüsse der Gemeindevertretung werden ignoriert. Ich habe nicht das Vertrauen, dass sich das ändert.“ Unterstützung gibt Ulrich Sager (FDP): „Es ist keine einfache Entscheidung und auch nicht die populärste. Aber der Bürgermeister hat uns mehrfach belogen und ist nicht auf uns eingegangen.“

Nach Aussage von Christian Schmiedeberg (CDU) habe ein unabhängiger Prüfer Olaf Claus bescheinigt, dass er Fehler gemacht habe. Ein zweiter Prüfer stellte gar fest: „Sie wussten, welchen Job sie übernehmen, und dafür kriegen sie eine Menge Geld“.

„Wenn wir das ignorieren, gefährden wir das Wohl der Gemeinde. Hiddensee ist auch über Nacht einem Amt zugeordnet worden und hatte keinen Verhandlungsspielraum mehr“, so Christian Schmiedeberg. In seiner Funktion als Gemeindevorsteher wird er mit seinen beiden Stellvertretern die Verhandlungen mit verschiedenen Ämtern aufnehmen. Das haben die Gemeindevertreter mit der Gegenstimme von Wolfgang Seidel sowie den Enthaltungen von Ulrich Sager und Uwe Dunkelmann (CDU) beschlossen.

Neuwahlen bis 2014

Auch nach einem Ämterzusammenschluss behält Boltenhagen seine eigene Gemeindevertretung. Der hauptamtliche Bürgermeister wird in den Ruhestand versetzt, bekommt aber seine vollen Bezüge bis zum Ende seiner Amtszeit 2014. Aus den Reihen der Gemeindevertreter wird ein ehrenamtlicher Bürgermeister ernannt, allerdings nur für eine Übergangszeit von etwa vier Monaten. Danach müssen die Boltenhagener Bürger zur Wahlurne und einen neuen ehrenamtlichen Bürgermeister wählen. Er wird stimmberechtigtes Mitglied der Gemeindevertretung, bekommt aber im Gegensatz zum hauptamtlichen Bürgermeister nur eine Aufwandsentschädigung. Er bekommt ein Dienstzimmer im Ort, für die Einwohner gibt es ein Bürgerbüro in Boltenhagen. *ks*

CDU will Eigendorf ausschließen

Wismar – Der CDU-Kreisverband will Andreas Eigendorf aus der Partei ausschließen. Das erklärte Hans-Heinrich Uhlmann, Chef der Christdemokraten. Dazu werde erneut ein Parteiordnungsverfahren eingeleitet. Das habe der Vorstand in der letzten Woche ohne Gegenstimme beschlossen.

Eigendorf war bei der Kommunalwahl 2009 in Wismar als Einzelbewerber angetreten. Das CDU-Mitglied erhielt 880 Stimmen (1,9 Prozent). Das reichte für einen Sitz in der Bürgerschaft. In der Folge bildete Andreas Eigendorf mit den Grünen Reingard Berger und Klaus-Peter Brand die Bürgerfraktion, deren Fraktionsvorsitzender er ist.

A. Eigendorf

Aus dieser Konkurrenzsituation zog die CDU Konsequenzen. Sie leitete ein Parteiordnungsverfahren gegen Eigendorf ein und forderte ihn auf, die Partei vorher zu verlassen. Das lehnte er ab. Im April 2010 hatte das Parteigericht den Schiedsspruch gefällt. Laut Uhlmann sei Eigendorf ein Verweis erteilt, außerdem sei er für zwei Jahre von Parteiämtern ausgeschlossen worden.

Offenbar war die CDU davon ausgegangen, dass Eigendorf danach wieder komplett in die Partei zurückkehrt. Nun sagte der CDU-Chef, dass das nicht erkennbar und daher nicht hinnehmbar sei, dass ein CDU-Mitglied in einer Konkurrenz-Gruppierung gegen die Partei arbeite. „Kommt das Mitglied nicht selbst zu dieser Erkenntnis, muss die Partei allein aus Gründen ihrer Glaubwürdigkeit die Konsequenzen ziehen“, so Hans-Heinrich Uhlmann. *H. Hoffmann*